



GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER

JAHRESBERICHT

2015

	3	EDITORIAL
Kampagnen & Projekte	4	
EINLEITUNG		
	6	Kampagnen & Projekte NO DIRTY GOLD!
Kampagnen & Projekte	12	
SRI LANKA		
	18	Kampagnen & Projekte STOPP ANTIZIGANISMUS
Kampagnen & Projekte	22	
KOVI & WADI		
	24	Finanzbericht LEISTUNGSBERICHT BILANZ ERFOLGSRECHNUNG ANHANG ZUR JAHRESRECHNUNG
Vorstand und Team	32	
EIN JAHR – EIN WORT		



IMPRESSUM

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz

Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch

Spendenkonto: Berner Kantonalbank BEKB: **IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1**

Texte: Sara Ryser, Christoph Wiedmer, Erika Lerch **Layout:** Tania Brügger Marquez

Redaktion: Nicole Huwyler, Sara Ryser **Foto Titelseite:** © Grufides

EDITORIAL

Liebe Mitglieder und Sympathisierende der GfbV

Eine unserer Kernaufgaben ist es, Minderheiten in der Schweiz zu unterstützen und die Schweizer Regierung aufzufordern, Roma, Sinti und Jenische anzuerkennen und ihre Gleichberechtigung durchzusetzen. Am Internationalen Tag der Roma ging eine engagierte Bewegung von Jenischen, Sinti und Roma auf die Strasse und forderte verbindliche Massnahmen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation. Die GfbV unterstützte die Forderungen mittels einer Kampagne. Wenige Monate danach ging der Bund auf die Anliegen der Betroffenen ein, stimmte ihrer besseren Vertretung in den staatlichen Institutionen zu und versprach, mehr Stand- und Durchgangsplätze für die fahrenden Minderheiten zu schaffen.

Anfang Jahr machten wir auf die Menschenrechtsverletzungen aufmerksam, die durch die Tourismusindustrie in Sri Lanka verursacht werden und verlangten von Schweizer Reiseanbietern, dass sie die Angebote ihrer sri-lankischen Partnerorganisationen besser überprüfen. Einige erklärten sich bereit, diese Probleme anzugehen, denn langsam wächst die Einsicht, dass nur ein menschenrechtskonformer Tourismus erstrebenswert und vertretbar sein kann.

Die Geschäfte mit illegalem Gold beschäftigten uns nachhaltig. Wir konnten mittels Recherchen und vertraulichen Informationen nachweisen, dass Schweizer Raffinerien jahrelang illegales Gold aus Peru gekauft und verarbeitet haben und dies teilweise bis heute tun. Unsere Enthüllungen über Menschenrechtsverletzungen, Rechtlosigkeit und Gewalt sowie die massive Zerstörung der Umwelt lösten grosses öffentliches Interesse aus, und wir erhöhten den Druck auf die Raffinerien. Von einigen der schlimmsten Goldproduzenten importieren die Schweizer Raffinerien heute kein Gold mehr.

Gold und Geld liegen nicht auf der Strasse – wir setzten auch 2015 unsere Ressourcen effizient ein und konnten sparsam wirtschaften. Gleichzeitig erhielten wir grosse Unterstützung von unseren Mitgliedern und SpenderInnen und sind nun gut gerüstet, um uns in den kommenden Jahren weiterhin für die Rechte von Minderheiten und indigenen Völkern einzusetzen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns dieses Jahr mit einer Mitgliedschaft, einer Spende oder mit ihrer Mitarbeit unterstützt haben!



Christoph Wiedmer
Geschäftsführer



Ruth-Gaby Vermot-Mangold
Präsidentin



KAMPAGNEN & PROJEKTE

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz (GfbV) ist eine unabhängige internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Mit Kampagnen macht sie die Öffentlichkeit auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam und nimmt die Interessen von Minderheiten und indigenen Völkern gegenüber Behörden und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern wahr.

2015 befasste sich die GfbV schwerpunktmässig mit Antiziganismus in der Schweiz und im Kosovo, der neuen Regierung sowie den Auswirkungen des menschenrechtsverletzenden Tourismus in Sri Lanka, der Rolle der Schweizer Goldraffinerien hinsichtlich des illegalen Goldabbaus in Peru und dem Teufelskreis der erzwungenen Migration von Roma aus dem Kosovo. Mehr dazu erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

RASCHELN AUS DEM BLÄTTERWALD – DIE GFBV IN DEN MEDIEN



26.02.2015 > 10vor10

TRÜGERISCHES PARADIES

10vor10 berichtete am 26. Februar über unsere Sri-Lanka-Kampagne. Im südasiatischen Land kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen durch die Tourismusindustrie. Link: <http://www.srf.ch/play/tv/10vor10/video/truegerisches-paradies?id=c6438a0-aa39-4603-82b4-a3e737cc9d1b/>

Mehr zu unserer Sri-Lanka-Kampagne ab Seite 12.



08.04.2015 > Radio-Beitrag

STOPP DISKRIMINIERUNG – RESPEKT UND ANERKENNUNG FÜR ROMA IN DER SCHWEIZ

Am 8. April, dem Internationalen Tag der Roma, forderten wir Anerkennung und Respekt für Jenische, Sinti und Roma in der Schweiz. Neben zahlreichen Zeitungsartikeln liess uns Radio Top in einem Beitrag zu Wort kommen. Link: <http://www.toponline.ch/welt/detail/art/ngo-fordern-erkennung-fuer-roma-in-der-schweiz-001683511>

Über unsere Stopp Antiziganismus-Kampagne lesen Sie ab Seite 18.



27.04.2015 > Zeitungsartikel

AUSGESCHAFFTER TAMILE ZURÜCK IN DER SCHWEIZ

Am 27. April konnten wir einen Erfolg feiern: der tamilische Familienvater, der im August 2013 nach Sri Lanka ausgeschaft wurde, konnte endlich zurück in die Schweiz reisen. Die NZZ war eine unter vielen Zeitungen, die darüber informierte. Link: <http://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/asyl-ausgeschaffter-tamile-zurueck-in-der-schweiz-1.18530700>

Ab Seite 12 erfahren Sie mehr über unsere Sri-Lanka-Kampagne.



02.06.2015 > Zeitungsartikel

GELDWÄSCHEREIVERFAHREN GEGEN TESSINER GOLDRAFFINERIE EINGESTELLT

Wir waren empört, als wir im Juni erfuhren, dass das Verfahren wegen Geldwäscherei und Beihilfe zu Kriegsverbrechen gegen die Schweizer Raffinerie Argor Heraeus eingestellt wurde. Ganze 45 Artikel erschienen über diesen Skandal, unter anderen auf swissinfo.ch. Link: <http://www.swissinfo.ch/ger/geldwaeschereiverfahren-gegen-tessiner-goldraffinerie-eingestellt/41465200>

Mehr zu unserer No Dirty Gold!-Kampagne lesen Sie ab Seite 6.



07.10.2015 > Kassensturz

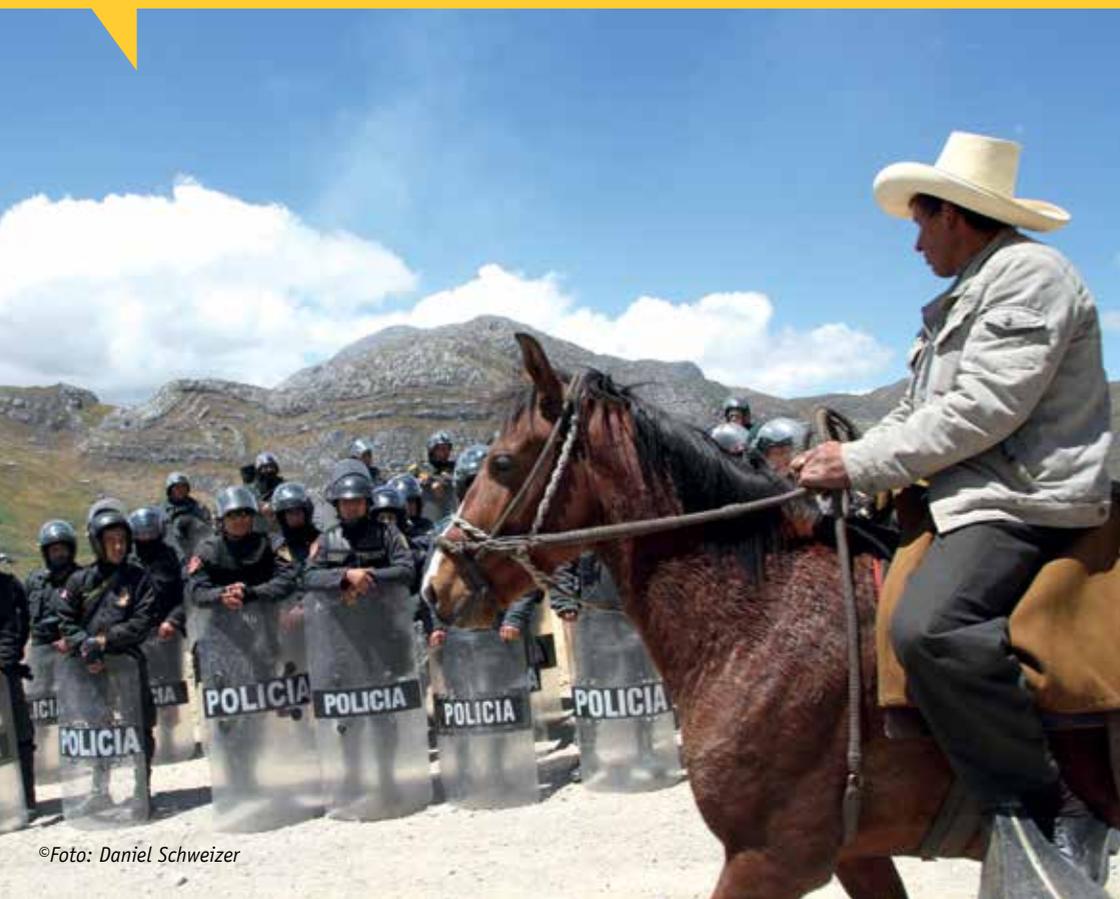
DRECKIGES GOLD – SCHWEIZER FIRMEN NEHMEN RAUBBAU IN KAUF

Unglaublich, dass Schweizer Raffinerien jahrelang illegales Gold aus Peru bezogen haben! Das fand auch der Kassensturz am 6. Oktober und berichtete über unsere No Dirty Gold!-Kampagne. Link: <http://www.srf.ch/konsum/themen/umwelt-und-verkehr/die-dreckige-geschichte-hinter-dem-glaenzenden-gold>

Ab Seite 6 erfahren Sie mehr zu unserer No Dirty Gold!-Kampagne.

NO DIRTY GOLD!

Seit 2011 durchleuchtet die GfbV im Rahmen der Kampagne *No Dirty Gold!* das Geschäft mit Rohgold, dessen Raffinierung und die Rolle der Schweiz. Ziel der GfbV ist es, einerseits direkte und indirekte Menschenrechtsverletzungen aufzudecken, die sich aus der Goldproduktion ergeben und andererseits eine breite Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Damit Menschenrechtsverletzungen vermieden werden können, müssen alle Akteure entlang der Lieferkette Verantwortung übernehmen: von den Goldproduzentinnen und -produzenten, über die Raffinerien bis zu der Verarbeitungsindustrie und den Endverbraucherinnen und -verbrauchern.



Die Arbeit der GfbV fokussiert auf die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Goldabbau in Peru. Auch die zentrale Bedeutung der Schweiz im Goldgeschäft, insbesondere die Rolle der Schweizer Goldraffinerien, durchleuchtet die GfbV. Ungefähr 50% des weltweit vorhandenen Goldes wird nämlich in der Schweiz raffiniert; vier der neun grössten Goldraffinerien befinden sich hier: Metalor Technologies in Neuenburg, Valcambi in Balerna, PAMP in Castel San Pietro und Argor Heraeus in Mendrisio. Und alle diese Raffinerien waren bereits in Skandale aufgrund von Menschenrechtsverletzungen bei der Goldproduktion verwickelt.

FOKUS PERU

Die Schweiz importiert rund 50% des in Peru gewonnen Goldes. Das Gold wird in Peru einerseits industriell, andererseits durch zahlreiche Kleinschürferinnen und Kleinschürfer abgebaut. Ungefähr 60% des Goldes aus Peru stammen aus dem industriellen Bergbau, während der Kleinbergbau etwa 40% liefert. Während der industrielle Bergbau oft ohne die Einwilligung der lokalen Bevölkerung geschieht und mit Umweltverschmutzungen einhergeht, kommen beim Kleinbergbau zusätzlich prekäre Arbeitsbedingungen, Kriminalität und Elend hinzu. Egal ob die Menschen dem Goldrausch folgen oder sich gegen den Bergbau wehren und für ihre Rechte kämpfen, sie werden bedroht, verfolgt und kriminalisiert.

GEWALT DURCH GOLDMINE YANACOCOA

Seit 2011 kommt es in Peru immer wieder zu Umweltverschmutzungen, Menschenrechtsverletzungen und Gewaltanwendungen durch Yanacocha, der grössten Goldmine Südamerikas. Da die Goldreserven in der aktuellen Mine langsam zu Ende gehen, plant Yanacocha mit dem Projekt Conga eine Erweiterung. Allerdings wurde die lokale Bevölkerung nur unzureichend konsultiert und setzt sich gegen dieses Projekt zur Wehr. Im November 2011 sowie im Juli 2012 kam es zu blutigen Zusammenstössen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften. Brisanterweise wurde anschliessend bekannt, dass die örtliche Polizei dabei im Auftrag von Yanacocha handelte.



**Die Schweiz
importiert 50%
des in Peru
gewonnenen Goldes.**

Die gewaltsamen Vorfälle wurden nicht oder nur unzureichend untersucht. Solange es rund um die Aktivitäten von multinationalen Unternehmen zu Menschenrechtsverletzungen wie der Kriminalisierung von Protesten, unrechtmässigen Verhaftungen oder sogar Toten kommt, wird die GfBV sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Rechte der Indigenen respektiert und die Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt werden. Wir nehmen die peruanische Regierung in die Pflicht, damit sie die Bevölkerung schützt. Aber auch Rohstoffunternehmen wie Yanacocha und ihr Mutterkonzern, Newmont Mining, müssen menschenrechtskonform handeln. Letztlich muss auch die Schweizer Raffinerie Valcambi ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen, denn sie raffiniert rund 70 % des Rohgoldes von Yanacocha.

BEGRIFFSERKLÄRUNGEN

Industrieller Bergbau

Industrieller Bergbau wird in der Regel von transnationalen Unternehmen betrieben. Im industriellen Bergbau werden beträchtliche Mengen an Kapital, schwere Maschinen, hohe Technologie und viele Arbeitskräfte mobilisiert. Ungefähr 80–85 % der weltweiten Goldproduktion stammt aus dem industriellen Bergbau.

Kleinbergbau

Kleinbergbau bezeichnet die (formelle oder informelle) Arbeit von Kleinschürfern und Kleinschürferinnen, die mit eher einfachen oder traditionellen Mitteln Gold abbauen und verarbeiten. Ihre Abbautechnik ist sehr arbeitsintensiv, da sie nur begrenzt Zugang zu Kapital, Mechanisierung und Technologie haben. Sie setzen ihre manuelle Arbeitskraft ein und nutzen einfache Geräte und Methoden, wobei keine explosiven Stoffe oder schwere Bergbaumaschinen zur Anwendung kommen. Etwa 15–20 % der weltweiten Goldproduktion stammt aus dem Kleinbergbau.

Illegales Gold

Illegales Gold ist Gold, welches von informellen Kleinschürfern und Kleinschürferinnen abgebaut wurde, die nicht nur keine Abbaukonzessionen besitzen, sondern zudem in Gebieten schürfen, in welchen dies ausdrücklich verboten ist: zum Beispiel in Naturschutzgebieten, Indigenenland oder archäologischen Städten.

Schmutziges Gold

Schmutziges Gold ist Gold, dessen Produktion direkt oder indirekt zu Menschenrechtsverletzungen führt und/oder die Umwelt stark belastet.

DER KAMPF VON MÁXIMA ACUÑA DE CHAUPE

Auch Máxima Acuña de Chaupe kämpft noch immer vehement um ihr Land. Seit 2011 befindet sie sich in einem Rechtsstreit mit Yanacocha: die Chaupes begründen ihre Landrechte mit einer Besitzurkunde von 1994, Yanacocha macht einen Kaufvertrag geltend, der das eingeforderte Grundstück der Chaupes miteinschliesse. Obwohl das Appellationsgericht von Cajamarca im Dezember 2014 den Rechtsstreit zugunsten der Familie Chaupe entschieden hat, wird sie noch immer im Auftrag der Mine schikaniert, indem ihnen zum Beispiel das Recht verwehrt wird, die Zufahrt zum Grundstück zu passieren oder ihnen die Tiere weggenommen werden.

Die GfbV unterstützte auch 2015 den Kampf der Chaupes und wird sich weiterhin für die Rechte der Familie engagieren, damit Yanacocha endlich zur Rechenschaft gezogen wird. Unser langfristiges Ziel ist die Umsetzung des *Free Prior and Informed Consent*, der alle multinationalen Rohstoffunternehmen dazu verpflichtet, vor Aufnahme ihrer Aktivitäten die betroffene Bevölkerung über Rohstoffprojekte zu konsultieren.

«Ich werde nicht
von hier weggehen,
ich gehöre hierhin.
Ich werde für mein
Land kämpfen, bis zu
meinem Tod.»

Máxima Acuña de
Chaupe, Kleinbäuerin
und Menschen-
rechtsaktivistin
Foto: © Grufides



GESCHÄFTE MIT ILLEGALEM GOLD – SCHWEIZER RAFFINERIE METALOR UNTER VERDACHT

Im Oktober haben wir aufgedeckt, dass die Schweizer Raffinerien PAMP und Metalor jahrelang illegales Gold aus Peru gekauft und verarbeitet haben – PAMP bis ins Jahr 2012, Metalor mindestens bis 2013. Höchstwahrscheinlich bezieht Metalor bis heute illegales Gold aus Peru. Der illegale Goldabbau hat schwerwiegende Folgen für das südamerikanische Land, denn er geht einher mit Menschenrechtsverletzungen, Umweltverschmutzung, Geldwäscherei, Steuerhinterziehung, Gewalt, Kriminalität und Elend. Ob illegales oder schmutziges Gold auf den Weltmarkt gelangt oder nicht, liegt vor allem an den Goldraffinerien.

Deswegen nimmt die GfbV die Schweizer Raffinerien in die Pflicht und verlangt von ihnen rigorose Sorgfaltsprüfungen und die Offenlegung sowohl der Resultate dieser Sorgfaltsprüfungen als auch der Goldproduzenten. Von der Schweiz fordert die GfbV die Einführung einer Sorgfaltsprüfungspflicht für Raffinerien und Transparenz beim Warenhandel. Die GfbV fordert zudem von Peru den Schutz der Menschenrechte über seine wirtschaftlichen Interessen zu stellen, Zugang zur Justiz für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die Durchsetzung des Mitentscheidungsrechts bei Rohstoffabbau-Projekten sowie die Förderung des Formalisierungsprozesses für Goldwäscherinnen und Goldwäscher und von alternativen Erwerbsmöglichkeiten.



GfbV-Bericht «Geschäfte mit illegalem Gold»
Download unter www.gfbv.ch/gold



4 der 9 grössten Goldraffinerien befinden sich in der Schweiz.



40% des in Peru geförderten Goldes stammt aus dem Kleinbergbau.



Im Auftrag der Goldminenbesitzer werden es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen.

ANTWORT METALOR

Nach der Veröffentlichung unseres Berichts hat Metalor eine sofortige Überprüfung ihrer peruanischen Zuliefererfirma veranlasst. Obwohl die Raffinerie weiterhin bestreitet, illegales Gold zu beziehen, kann diese Reaktion als kleiner Erfolg gefeiert werden.



Die Raffinerie Metalor Technologies in Marin-Epagnier bei Neuchâtel.

Foto: © Gesellschaft für bedrohte Völker, Nicole Huwlyer

*ine Yanacocha kommt
enschenrechtsver-*



*Máxima Acuña de Chaupe kämpft weiterhin
um ihr Land.*



*Skandal! Schweizer Raffinerien haben
jahrelang illegales Gold aus Peru
verarbeitet!*

SRI LANKA

Sri Lanka ist ein Land der Widersprüche: einerseits eine boomende Tourismusdestination, andererseits ein 26-jähriger Bürgerkrieg mit nicht aufgearbeiteten Kriegsverbrechen und eine besorgniserregende Menschenrechtsbilanz. Im Januar 2015 wurde Maithripala Sirisena überraschenderweise zum neuen Präsidenten des südasiatischen Landes gewählt. Leider hat sich an der Menschenrechtssituation auch unter Sirisena kaum etwas verändert.



Die Sri-Lanka-Kampagne der GfbV besteht aus drei Schwerpunkten: erstens die Linderung der durch den Tourismussektor verursachten Menschenrechtsverletzungen; zweitens das Bemühen darum, dass die Schweiz sri-lankische Flüchtlinge nicht zurückschafft, solange sie in ihrem Heimatland nicht sicher sind; und drittens die Bekämpfung der Kultur der Straflosigkeit in Sri Lanka.

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM FERIENPARADIES

Aufgrund der touristischen Entwicklung in Sri Lanka kommt es zu systematischen Menschenrechtsverletzungen: Fischern wird der Zugang zum Meer versperrt, es kommt zu Landenteignungen, die lokale Bevölkerung wird – wenn überhaupt – nur ungenügend über die geplanten Tourismusprojekte informiert und die Lokalbevölkerung profitiert kaum vom Tourismus. Unser im Februar publizierter Bericht zeigt auf, dass das Bild von einem scheinbar zur Normalität zurückgekehrten Land, welches die sri-lankische Regierung nach aussen hin verbreitet, alles andere als der Realität entspricht.

Die GfbV arbeitet mit Reiseanbietern in der Schweiz und in Deutschland zusammen, damit diese ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in Sri Lanka besser wahrnehmen. Zudem fordern wir die neue sri-lankische Regierung auf, ihre Tourismusstrategie zu revidieren, die bestehenden Gesetze und Vorgaben durchzusetzen und die Bevölkerung, inklusive aller Minderheiten, vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Wirtschaftliche Entwicklung im Tourismus darf nicht mit Menschenrechtsverletzungen, Landenteignungen und Vertreibungen einhergehen!



GfbV-Bericht «Schatten im Sonnenparadies»
Download unter gfbv.ch/ferien_sri_lanka

WORKSHOPS MIT FISCHERN

Der Tourismus in Sri Lanka hat vielerorts negative Auswirkungen auf die Lokalbevölkerung, da ihnen zugunsten von Tourismusprojekten das Land weggenommen und der Zugang zum Meer verwehrt oder enorm eingeschränkt wird. Die von der Fischerei abhängige lokale Bevölkerung kann so ihre Existenzgrundlage verlieren – oder hat sie bereits verloren. Zusammen mit dem *National Fisheries Solidarity Movement* (NAFSO) führte die GfbV in Kuchchaveli, Passikudah, Jaffna und Kalpitiya Workshops mit Fischern durch, um diese auf ihre Rechte aufmerksam zu machen. Dadurch soll die Zivilbevölkerung gestärkt werden, sodass sie sich in Zukunft gegen Landenteignungen und andere Menschenrechtsverletzungen durch Tourismusprojekte wehren kann.

«Für die tamilische Minderheit hat sich kaum etwas verändert: Das Terrorismuspräventionsgesetz ist weiterhin in Kraft, tamilische politische Gefangene sind noch immer in Haft und die Militarisierung im Norden und Osten ist nach wie vor hoch.»
Yves Bowie, Kampagnenleiter GfbV

100 TAGE REGIERUNGSWECHSEL

Nach der Wahl veröffentlichte der neue Präsident Maithripala Sirisena ein 100-Tage-Programm, welches er in den ersten drei Monaten seiner Amtszeit umsetzen wollte. Die GfbV beobachtete die Entwicklungen in Sri Lanka genau und hat die 100 Tage in einem Bericht aus menschenrechtlicher Perspektive analysiert. Demnach ist es unter Sirisena tatsächlich zu einigen punktuellen Verbesserungen hinsichtlich Menschenrechten gekommen. Die Situation der tamilischen Bevölkerung hat sich jedoch nicht grundsätzlich verändert. Noch immer werden Zivilpersonen entführt, gefoltert sowie unter generellen Terrorismusverdacht gestellt und die Militarisierung im Norden und Osten ist nach wie vor hoch. Zudem hat die neue Regierung im Mai Jagath Dias – einen mutmasslichen Kriegsverbrecher – zum Armeestabschef ernannt.

AUSGESCHAFFTER TAMILE SICHER IN DER SCHWEIZ ZURÜCK

Im April konnten wir einen Erfolg verbuchen: ein im August 2013 zwangsausgeschaffter Tamile durfte endlich in die Schweiz zurückkehren. Dieser Fall zeigt deutlich, dass es für Tamilinnen und Tamilen, die in die Schweiz geflüchtet sind, nicht sicher ist nach Sri Lanka zurückzukehren. Der Familienvater wurde nämlich gleich bei seiner Ankunft in Sri Lanka inhaftiert – das Staatssekretariat für Migration (SEM) gestand später ein, dass er nie hätte ausgeschafft werden dürfen. 2014 hatte das SEM den Wegweisstopp für Tamilinnen und Tamilen aufgehoben und seither kommt es auch wieder zu Zwangsrückführungen. Für sie ist es jedoch auch unter der neuen Regierung nicht sicher, nach Sri Lanka zurückzukehren, da sie noch immer unter einen generellen Terrorverdacht gestellt werden und riskieren, entführt und gefoltert zu werden. Die GfbV hat sich auch 2015 dafür eingesetzt, dass das SEM an einer zurückhaltenden Wegweisungspraxis festhält.



GfbV-Bericht «Minority Rights in Sri Lanka: Progress or Blind Spot?» Download in Englisch unter http://assets.gfbv.ch/downloads/sri_lanka_report_100days.pdf

HOLCIM SPONSERTE KRIEGSDENKMAL

Die GfbV hat im Mai einen Skandal aufgedeckt: der weltweit tätige Schweizer Zementkonzern Holcim hat in den letzten Jahren mit der sri-lankischen Armee zusammengearbeitet und Kriegsdenkmäler zu Propagandazwecken gesponsert. Holcim stellte Zement für Propagandatafeln und ein Kriegsmuseum zur Verfügung und war zwischen 2011 und 2014 an einem Ausbildungsprogramm eines «Rehabilitationscamps» für ehemalige LTTE-Mitglieder und ihre Angehörige involviert. In diesem Rehabilitationscamp kam es nachweislich zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen.

Daraufhin verlangte die GfbV von Holcim, dringend die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht konsequent umzusetzen. Ende Mai zeigte der Druck der GfbV auf Holcim erste Wirkung: der Zementkonzern liess die Sponsoring-Schilder für die Militärpropaganda entfernen und versprach, nie mehr mit der Armee eines Landes zusammenzuarbeiten.



● Nachdem die GfbV den Sponsoring-Skandal von Holcim aufgedeckt hatte, liess die Firma den Schriftzug entfernen. Foto: ©Gesellschaft für bedrohte Völker, Yves Bowie



Der Tourismus in Sri Lanka verursacht gravierende Menschenrechtsverletzungen.



Die GfbV organisierte Ausbildungs- und Mobilisierungswshops für Fischer, deren Existenz vom Tourismus gefährdet ist.



Regierungswechsel: 100 Tage Sirisena brachten leider kaum Verbesserungen für Sri Lankas Minderheiten.

AUFARBEITUNG DER KRIEGSVERBRECHEN IN SRI LANKA

Die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, die während der letzten Phase des Bürgerkrieges in Sri Lanka begangen wurden, steht noch bevor. Während der UNO Hochkommissar für Menschenrechte für diesen Ausarbeitungsprozess die Gründung eines Hybrid-Gerichtes unter sri-lankischer und internationaler Beteiligung empfiehlt, möchte Sri Lanka dies innerstaatlich regeln. Mit einer rein nationalen Gerichtsbarkeit besteht jedoch die Gefahr, dass der Aufarbeitungsprozess zu einem Scheinprozess verkommt. Sri Lanka kann Zeugen von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen nicht genügend Schutz vor Vergeltungsschlägen wie Verhaftungen, Entführungen und Folterungen bieten, weshalb viele Zeugen nicht bereit sind, sich an einem rein innerstaatlichen Prozess zu beteiligen.

Der UNO-Menschenrechtsrat hat im Oktober eine Resolution verabschiedet, die unter anderen von Sri Lanka mitunterzeichnet wurde. Im Gegensatz zum Bericht des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte fordert die Resolution allerdings nur eine vage internationale Beteiligung und war eine Enttäuschung für die Opfer. Die GfbV betrieb 2015 durch die Mitorganisation einer Pressekonferenz und eines Side-Events am UNO-Menschenrechtsrat aktives Lobbying, damit die Aufarbeitung in einem Hybrid-Gericht geschieht und nicht unter einer rein sri-lankischen Gerichtsbarkeit.



Erfolg! Im April konnte ein ausgeschaffter Tamile endlich zurück in die Schweiz reisen.



Skandal! Die Schweizer Firma Holcim hat Kriegsdenkmäler gesponsert!



Die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen muss mit internationaler Beteiligung geschehen und die Opfer müssen endlich Gerechtigkeit erfahren.

STOPP ANTIZIGANISMUS

Seit mehreren Jahren setzt sich die GfbV gegen Antiziganismus in der Schweiz und im Kosovo ein. In der Schweiz kämpft sie für die Anerkennung der Roma, Sinti und Jenischen als nationale Minderheiten und macht auf deren Anliegen aufmerksam. Im Kosovo konzentriert sich die Arbeit der GfbV auf die Förderung von jungen Roma-Aktivistinnen und -Aktivisten sowie den Einsatz gegen die Rückkehrpolitik Westeuropas, welche Tausende Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter in einen fortwährenden Kreislauf der Migration zwingt.



Roma sind eine Minderheit in der Schweiz, die oft Vorurteilen und Diskriminierungen ausgesetzt ist. Obwohl Roma seit 600 Jahren ein Teil der Schweiz sind, werden sie noch immer Opfer von gezieltem *Racial Profiling*. Sie werden durch die Polizei sowie in der Politik und den Medien rassistisch stereotypisiert und stigmatisiert. Roma haben eine eigene Kultur und Sprache und sind in der Schweiz gut integriert. Die überwiegende Mehrheit ist sesshaft. Obwohl die meisten über einen Schweizer Pass verfügen, fehlen sie in den politischen Gremien und ausserparlamentarischen Kommissionen gänzlich.

INTERNATIONALER TAG DER ROMA

Um dem Antiziganismus entgegenzutreten, organisierte die GfbV – zusammen mit Roma-Aktivistinnen und -Aktivisten – am Internationalen Tag der Roma am 8. April eine Foto-Aktion auf dem Bundesplatz in Bern. Die Foto-Aktion wurde mit einem offenen Brief an die damalige Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga unterstrichen um auch politisch ein Zeichen zu setzen. Beide Aktionen forderten kulturelle Anerkennung und Gleichberechtigung der Jenischen, Sinti und Roma in der Schweiz, Sensibilisierungsmassnahmen zur Bekämpfung von Antiziganismus innerhalb der Behörden, die Förderung der politischen Partizipation und ein verstärktes Engagement bezüglich der Schaffung von Transitplätzen auch für ausländische, fahrende Roma.



*Obwohl Roma seit 600
Jahren ein Teil der Schweiz
sind, werden sie noch immer
Opfer von gezieltem
Racial Profiling.*

PODIUMSDISKUSSION: ANTIZIGANISMUS – SALONFÄHIGER RASSISMUS?

Um die Öffentlichkeit auf die Problematik des Antiziganismus zu sensibilisieren, veranstaltete die GfbV am 14. November in Bern eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der drei Minderheitengruppen (Roma, Sinti und Jenische) aus der Schweiz und aus Deutschland. Diskutiert wurde zum Thema «Antiziganismus – Salonfähiger Rassismus? Feindliche Einstellungen gegenüber Roma, Sinti und Jenische überwinden». Auf der Bühne sowie im Publikum setzte man sich mit den Fragen auseinander, wie Minderheiten mit Antiziganismus im Alltag umgehen, der Verwendung des Begriffs *Gipsy* zu Marketingzwecken, der Bedeutung der kulturellen Anerkennung von Jenischen, Sinti und Roma als nationale Minderheiten der Schweiz, oder persönlichen Strategien zur Überwindung von Antiziganismus.

Das Gespräch ermöglichte den direkten Austausch zwischen aktiven MinderheitsvertreterInnen und dem Publikum, das Reflektieren von Stereotypen bei den Zuhörerinnen und Zuhörern sowie den Erfahrungsaustausch zwischen den Vertretern und Vertreterinnen der Minderheiten.



Die Teilnehmenden des Podiumsgesprächs mit unserer Präsidentin. Von links nach rechts: Venanz Nobel (Vizepräsident Verein Schäft Quant, CH), Dotschy Reinhardt (Sängerin und Autorin, DE), Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Mustafa Asan (Künstler RJS Art Kollektiv, CH).
Foto: © Gesellschaft für bedrohte Völker, Nicole Huwlyer



Tausende Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter sind in einem fortwährenden Migrationskreislauf gefangen.



Am Internationalen Tag der Roma forderte die GfbV die Anerkennung von Jenischen, Sinti und Roma.



«Antiziganismus – Salonfähiger Rassismus?» war der Titel der Podiumsdiskussion im November.

GEFANGEN IM TEUFELSKREIS DER MIGRATION

Auch im Kosovo ist Antiziganismus weiterhin verbreitet. Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter sind noch immer einer strukturellen und kumulativen Diskriminierung ausgesetzt. Sie haben kaum Zugang zu Arbeit und Wohnraum und die Kinder werden in den Schulen diskriminiert. Dies veranlasst viele Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter dazu, ihr Heimatland Richtung Westeuropa zu verlassen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Allerdings haben viele westeuropäische Länder den Kosovo wieder als «sicheres Herkunftsland» deklariert, was ihnen erlaubt, aus dem Kosovo Geflüchtete wieder zurückzuführen. So werden zahlreiche Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter durch die gescheiterte Reintegrationspolitik des Kosovo und die europäische Rückkehrpraxis in einen fortwährenden Migrationskreislauf gezwungen. Die Perspektivlosigkeit im Kosovo zwingt die Mehrheit der abgeschobenen Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter, entweder in Westeuropa in den Untergrund zu gehen oder in einen der informellen Slums in Serbien zu ziehen.

Ein im Dezember veröffentlichter GfbV-Bericht zeigt das Versagen der europäischen Rückkehrpolitik auf, fordert nachhaltige Lösungen und ruft auf, von der zwangsweisen Rückführung von Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter abzusehen. Als Grundlage für den Bericht führte die GfbV zwischen November 2014 und Februar 2015 70 Interviews mit zurückgeführten Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im Kosovo und in Serbien. Die Fragen bezogen sich unter anderem auf Einkommensquellen, Sozialdienstleistungen sowie Gesundheits- und Bildungssituation.

LOBBYING

Politische Einflussnahme ist für den Erfolg einer Kampagne unabdingbar. Deshalb ist Lobbying bei Behörden, Parlament und Medienschaffenden ein wesentlicher Bestandteil der GfbV-Kampagne *Stopp Antiziganismus*. Auch 2015 war die GfbV auf verschiedenen Ebenen aktiv, um die Interessen der Jenischen, Sinti und Roma in der Schweiz sowie der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im Kosovo gegenüber Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern wahrzunehmen. Insbesondere haben wir Informationen für Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufgearbeitet, Vorträge für verschiedene Interessensgruppen gehalten, mit einem Lobbyingdokument Budgeterhöhungen für Jenische, Sinti und Roma in der Kulturbotschaft 2016-2020 gefordert, Medienanfragen bearbeitet, das Bundesamt für Kultur in Kampagnenrelevanten Fragen beraten sowie Aktivistinnen und Aktivistinnen unterstützt.

KOVI

KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE: ZUM SCHUTZ VON MENSCH UND UMWELT

Indigene Völker sind ganz besonders mit Menschenrechtsverletzungen durch multinationale Konzerne konfrontiert. Zwar ist ihr Mitbestimmungsrecht im *Free, Prior and Informed Consent* völkerrechtlich verankert. In der Realität aber werden Indigene meist nur unzureichend oder gar nicht konsultiert, wenn multinationale Konzerne ihr Land nutzen wollen. Deswegen hat die GfbV im April die Konzernverantwortungsinitiative mitlanciert. Sie soll dafür sorgen, dass Schweizer Unternehmen den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt verbindlich in ihre Geschäftspraktiken integrieren.

Schweizer Konzerne arbeiten längst nicht mehr nur in der Schweiz – globale Produktionsketten sind heute eher die Norm als die Ausnahme. Während sich Unternehmen in der Schweiz an Gesetze halten müssen, die den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt garantieren, mangelt es in vielen Ländern an solchen Gesetzen oder an deren Durchsetzung. Auch auf globaler Ebene gibt es bisher keine rechtlich verbindlichen Mindeststandards für Unternehmen.

Zwar wurden 2011 die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet, die vorsehen, dass Konzerne alle ihre Geschäftspraktiken überprüfen, um mögliche negative Auswirkungen für Mensch und Umwelt zu identifizieren und gegebenenfalls dagegen vorzugehen. Diese Leitprinzipien stellen jedoch lediglich eine Absicht dar, ohne jegliche rechtliche Verbindlichkeit. Dass es nicht reicht, ausschliesslich auf das freiwillige Engagement von Konzernen zu setzen, zeigen auch diejenigen Fälle von teilweise gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen, welche die GfbV aufgedeckt hat: Die Goldmine Yanacocha, welche die Rechte der Bevölkerung in Peru missachtet, die Goldraffinerie Metalor, die dubioses, teils illegales Gold aus Peru verarbeitet, die Tourismusbranche, die in Sri Lanka Übernachtungen in Hotels anbietet, welche die Lebensgrundlage der traditionellen Fischern zerstören. Mit der Konzernverantwortungsinitiative wird ein wichtiger Teil der UNO-Leitprinzipien ins Schweizer Recht integriert und zum Beispiel die Sorgfaltsprüfung für Schweizer Konzerne somit zur Pflicht.

WADI

VERBAND FÜR KRISENHILFE UND SOLIDARISCHE
ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

WADI ist ein Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit, der seit 1992 Programme der Selbsthilfe im Nahen Osten – in Israel, Jordanien und vor allem im Irak – fördert. WADI fokussiert dabei auf die Stärkung von Menschen- und Frauenrechten. Im Zentrum stehen Projekte, die konkrete Hilfe mit den Rechten und Fähigkeiten der Einzelnen verbinden: Rehabilitationsprojekte für Langzeitstrafgefangene, Alphabetisierungs-Programme, Bildung und Ausbildung von Frauen, öffentliche Aufklärung über und Kampf gegen häusliche Gewalt an Frauen und Mädchen sowie Kampagnen gegen weibliche Genitalverstümmelung.

Die GfbV unterstützt seit 2008 einige Projekte von Wadi und hat in der Vergangenheit das Monitoring der Projekte übernommen. In den letzten Jahren beschränkt sich die Arbeit der GfbV auf die Begleitung der Projekte, welche hauptsächlich von Green Cross und der Roselo-Stiftung getragen werden. Im Jahr 2015 betragen diese Zuwendungen gut CHF 500 000.-.

Dank dieser Unterstützung konnte WADI im Jahr 2015 folgende Projekte realisieren:

- ein mobiler Spielplatz für Kinder
- den unabhängigen Community-Radiosender *Radio Denge Nwe*
- ein Zentrum für Frauen, welches Seminare über Frauenrechte, weibliche Genitalverstümmelung, frühe und Zwangsheirat, weibliche Gesundheit und Umweltthemen anbietet
- ein Projekt zur Integration von irakischen und syrischen Flüchtlingen
- Medizinische Behandlungen für Opfer von chemischen Angriffen sowie Ausbildungs- und Aufklärungskurse.

@ Mehr Informationen zu WADI unter: <http://www.wadi-online.de/>



FINANZ- BERICHT

Wie jedes Jahr haben wir auch 2015 darauf geachtet, unsere Ressourcen effizient einzusetzen und sparsam zu wirtschaften. Es ist uns gelungen und wir freuen uns, dass unser Organisationskapital auf CHF 620300.- angestiegen ist. Somit verfügen wir über die nötigen finanziellen Mittel, um uns weiterhin mit Minderheiten und indigenen Völkern für ihre Rechte einzusetzen.

Ohne die grosszügige Unterstützung unserer Mitglieder, Spendern und Spenderinnen sowie den Stiftungen und der öffentlichen Hand wäre unsere Arbeit nicht möglich. Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle ganz herzlich für diese Unterstützung.

Leistungsbericht

Die Haupttätigkeit der GfbV besteht aus Informations-, Kampagnen- und Projektarbeit. Für die Durchführung ihrer Arbeit ist die GfbV auf eine genügend grosse Anzahl von Mitgliedern und Spendenden angewiesen. Im Jahre 2015 hat die GfbV insgesamt CHF 341 032,12 in die Mittelbeschaffung investiert. Die Mitgliederwerbung – eine wichtige Massnahme zur Mittelbeschaffung – dient gleichzeitig der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gemäss Vereinszweck. Neue Mitglieder werden vor allem mit Standaktionen auf der Strasse angeworben. Ende 2015 hatte die GfbV rund 12 500 aktive Mitglieder (VJ 13 270).

Der Vorstand traf sich 2015 fünf Mal und leistete insgesamt rund 250 unentgeltliche Stunden für die GfbV.

MITGLIEDER DES VORSTANDES SIND:

Ruth-Gaby Vermot-Mangold Präsidentin, gewählt bis 2017

Göpf Berwerger Vizepräsident, gewählt bis 2017

Sonja Beeli gewählt bis 2017

Urs Zschokke gewählt bis 2016

Theodora Peter gewählt bis 2016

Im Verlaufe des Jahres 2015 arbeiteten bei der GfbV insgesamt 14 festangestellte Personen, davon 4 PraktikantInnen und 2 Lernende. Die Praktika dauern in der Regel 6 Monate und werden mit einem Nettolohn von CHF 1000.- bei einem Pensum von 80% entschädigt.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz ist die Schweizer Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker International. Der Vereinszweck der GfbV Schweiz ist in Übereinstimmung mit der Zielsetzung der GfbV International. Für das Jahr 2015 wurde ein Mitgliederbeitrag von EUR 500.- (VJ EUR 2000.-) bezahlt. Weitere Sektionen der GfbV International bestehen in Deutschland, in Österreich, in Südtirol/Italien, in Bosnien Herzegowina und im Nordirak. In verschiedenen weiteren Ländern hat die GfbV RepräsentantInnen.

Die Kampagnen und Projekte wurden im Jahresbericht ausführlich beschrieben.

Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle bei allen Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern, bei den Stiftungen und der öffentlichen Hand für die grosszügige Unterstützung. Ohne sie alle wäre unsere Arbeit nicht möglich – herzlichen Dank! Dem Vorstand, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Praktikantinnen und Praktikanten möchte die GfbV zudem ein herzliches Dankeschön für ihren unermüdlichen Einsatz für die Menschenrechte aussprechen!

BILANZ PER 31. DEZEMBER 2015

AKTIVEN	2015	2014
FLÜSSIGE MITTEL	779 411,76	596 243,82
FORDERUNGEN	4329,52	4232,37
AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	28 688,95	14 706,33
TOTAL UMLAUFVERMÖGEN	812 430,23	615 182,52
MOBILE SACHANLAGEN	5251,00	11 000,00
TOTAL ANLAGEVERMÖGEN	5251,00	11 000,00
TOTAL AKTIVEN	817 681,23	626 182,52

PASSIVEN	2015	2014
KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL	150 458,92	156 674,81
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	25 073,74	44 012,07
LANGFRISTIGES FREMDKAPITAL	0,00	50 000,00
TOTAL FREMDKAPITAL	175 532,66	250 686,88
FONDSKAPITAL	21 801,78	24 469,38
TOTAL FONDSKAPITAL	21 801,78	24 469,38
ORGANISATIONSKAPITAL	351 026,26	-40 188,37
JAHRESGEWINN	269 320,53	391 214,63
TOTAL EIGENKAPITAL	620 346,79	351 026,26
TOTAL PASSIVEN	817 681,23	626 182,52

ERFOLGSRECHNUNG VOM 1. JAN. 2015 BIS 31. DEZ. 2015

ERTRAG	2015	2014
VERKAUFSERTRAG	3018,55	2160,70
MITGLIEDERBEITRÄGE UND SPENDEN	1 522 551,05	1 632 395,85
BEITRÄGE	553 674,65	236 306,58
ÜBRIGER ERTRAG	2990,20	18 021,00
TOTAL ERTRAG	2 082 234,45	1 888 884,13

AUFWAND	2015	2014
KAMPAGNEN UND PROJEKTE	947 093,02	550 148,52
PERSONALAUFWAND	406 265,67	340 992,30
VERWALTUNGSaufWAND	107 189,52	126 020,08
MITTELbeschaffungSAufWAND	341 032,12	546 994,57
ABSCHREIBUNGEN	5749,00	5750,00
BETRIEBserGEBNIS	274 905,12	318 978,66
FINANZERGEBNIS/AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS	8252,19	47 265,67
ERGEBNIS VOR VERÄNDERUNG DES FONDSKAPITALS	266 652,93	366 244,33
TOTAL FONDSERGEBNIS	2667,60	24 970,30
JAHRESGEWINN	269 320,53	391 214,63

Anhang zur Jahresrechnung 2015

ALLGEMEINE RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Die Rechnungslegung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (Swiss GAAP FER) und dem schweizerischen Obligationenrecht. Die Jahresrechnung vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

ÄNDERUNG DER STETIGKEIT DER DARSTELLUNG & BEWERTUNG

Wegen des neuen Rechnungslegungsgesetzes und der angepassten Swiss GAAP FER Fachempfehlungen waren kleine Anpassungen in der Darstellung der Jahresrechnung nötig.

BILANZIERUNGS- & BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die Buchhaltung wird in Schweizer Franken geführt. Grundsätzlich gilt das Anschaffungs- bzw. Herstellkostenprinzip. Dieses richtet sich nach dem Grundsatz der Einzelbewertung von Aktiven und Passiven.

Fremdwährungen

Die Verbuchung von Geschäftsfällen in EUR erfolgte zum Buchkurs von CHF 1,05 (VJ 1,25), von USD zum Kurs von CHF 0,95095 (VJ keine Buchungen). Geldtransaktionen von oder an CHF-Konten wurden zum aktuellen Tageskurs gebucht. Geschäftsvorgänge in anderen Währungen wurden zum aktuellen Tageskurs umgerechnet. Die Bilanzierung der EUR- und USD-Guthaben per 31.12.2015 erfolgte wie im Vorjahr zum Steuerskurs der ESTV.

Transitorische Aktiven

Die Transitorischen Aktiven beinhalten Forderungen gegenüber Sozialversicherungen sowie vorausbezahlte Miete, Projektsaläre und Kampagnenbeiträge.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst die Büroeinrichtung und EDV-Anlage. Abgeschrieben wurde wie im Vorjahr linear auf der Lebensdauer von 5 Jahren. Die Aktivierungsgrenze liegt bei CHF 3000.-. Der Brandversicherungswert der Sachanlagen beträgt CHF 100 000.- (VJ CHF 100 000.-).

	1.1.2014	ZUGANG	ABSCHREIBUNG	31.12.2014
MOBILIAR, EINRICHTUNG	1000,00	0,00	500,00	500,00
EDV / IT	15 750,00	0,00	5250,00	10 500,00

	1.1.2015	ZUGANG	ABSCHREIBUNG	31.12.2015
MOBILIAR, EINRICHTUNG	500,00	0.00	499,00	1,00
EDV / IT	10 500,00	0.00	5250,00	5 250,00

Kurzfristiges Fremdkapital

Verpflichtungen gegenüber Fundraisingagenturen beinhalten wie im Vorjahr Provisionen aus Beiträgen des laufenden Jahres. Verpflichtungen gegenüber Vorsorgeorganisationen bestehen im Berichtsjahr keine (VJ CHF 4001,30).

Passive Rechnungsabgrenzung

Die bilanzierten Überstunden wurden pro Mitarbeiter einzeln berechnet. Der Geschäftsleiter verzichtete auf einen Teil seines Überstundenguthabens. Dieser Teil wurde nicht bilanziert.

Langfristiges Fremdkapital

Die von Vorstands- und Geschäftsleitungsmitgliedern gewährten Darlehen wurden 2015 vollumfänglich zurückbezahlt.

Organisationskapital

Der Jahresgewinn von CHF 269 320,53 wird dem Organisationskapital zugewiesen. Das Organisationskapital beträgt neu CHF 620 346,79 (VJ CHF 351 026,26).

Bürgschafts-, Garantie- und Leasingverbindlichkeiten

Am Bilanzstichtag bestehen keine solchen Verbindlichkeiten.

Entschädigungen an leitende Organe

Mit der Geschäftsführung ist nur eine Person betraut. Deshalb wird auf die Offenlegung der Vergütung verzichtet. Die Mitglieder des Vorstandes erhielten weder Sitzungsgelder noch Honorare.

Verbindung zu nahestehenden Organisation und Personen

Die GfbV-Schweiz ist eine Sektion der GfbV-International mit Sitz in Göttingen (D). Verbindungen zu anderen Organisationen bestehen nicht.

BETRIEBSRECHNUNG

Folgende Organisationen haben uns mit namhaften Beiträgen unterstützt:

BEITRÄGE	2015	2014
GREEN CROSS PROJEKT WADI	536 426,00	218 631,00
REFORMIETE KIRCHGEMEINDE SISSACH ROMAPROJEKT KOSOVO	5000,00	5000,00
REFORMIERTE KIRCHGEMEINDE KREUZLINGEN SPENDE	3000,00	5000,00
GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER – ÖSTERREICH BEITRAG RECHERCHEN PERU	3150,00	

BEITRÄGE DER ÖFFENTLICHEN HAND	2015	2014
GS-EDI, FACHSTELLE FÜR RASSISMUSBEKÄMPFUNG PODIUM ANTIZIGANISMUS	2500,00	

AUFWAND KAMPAGNEN UND PROJEKTE

Indirekter Kampagnen- und Projektaufwand

Die Umlage des Personalaufwandes erfolgte aufgrund der Arbeitszeiterfassung der MitarbeiterInnen. Der Verwaltungsaufwand wurde analog umgelegt.

Personalaufwand/Anzahl Vollzeitstellen

Die GfbV bietet ihren Mitarbeitenden die Möglichkeit der Teilzeitarbeit. Im Berichtsjahr waren insgesamt 14 Personen (VJ 16 Personen) mit einem Pensum von 30–80% beschäftigt. Umgerechnet auf Vollzeitstellen entspricht das im Jahresdurchschnitt (inkl. PraktikantInnen und Lernende) 7.75 Stellen (VJ 6.3). Nicht eingerechnet ist eine Reinigungskraft, die durchschnittlich 3.5 Std. pro Woche arbeitet.

GfbV International

Für die GfbV International wurde ein Mitgliederbeitrag 2015 von EUR 500.- zurück gestellt (VJ EUR 2000.-)

Ausserordentlicher Erfolg

Aufwand für Stiftungsdatenbank aus dem Jahr 2011.

SITUATION VEREIN

Dank des wiederum guten Rechnungsergebnisses konnte die Eigenkapitalbasis verbessert werden. Die Liquidität ist dadurch vorerst gesichert. Der umkämpfte Spendenmarkt zwingt uns aber, weiterhin nach neuen Einnahmequellen zu suchen und mit den Mitteln haushälterisch umzugehen.

@ *Die vollständige Jahresrechnung mit dem Revisionsbericht kann bei der GfbV bestellt oder auf der Website: www.gfbv.ch/de/uber_uns/jahresbericht heruntergeladen werden.*



VORSTAND & TEAM

2015 war ein bewegendes Jahr für uns. Besonders gefreut hat uns, dass ein zwangsausgeschaffter Tamile nach seiner Freilassung im April endlich wieder in die Schweiz einreisen durfte. Es ist schön zu sehen, dass unsere beharrliche Arbeit Früchte trägt. Bedauerlich fanden wir hingegen, dass sich auch unter der neuen Regierung kaum etwas an der Menschenrechtssituation in Sri Lanka verbessert hat. Hoffnungsvoll stimmte uns dafür die Foto-Aktion mit Minderheitenangehörigen auf dem Bundesplatz, mit der wir die Anerkennung der Jenischen, Sinti und Roma in der Schweiz forderten. Und richtig empört waren wir, dass die Schweizer Raffinerien jahrelang illegales Gold aus Peru verarbeitet haben und Metalor dies höchstwahrscheinlich weiterhin tut.

Bewegung gab es auch bei uns in der Geschäftsstelle. Unser Lehrling Dominic Rudolf verliess uns nach erfolgreich abgeschlossener KV-Lehre, dafür konnten wir Nahom Andemicael als neuen Auszubildenden in unserem Team begrüßen. Zudem bereicherte sich unser Team mit Magdalena Urrejola Balçak um eine neue Kampagnenleiterin im Bereich Wirtschaft & Indigenenrechte. Wir heissen die beiden herzlich willkommen und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!

Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Personen, die bei der GfbV im Rahmen eines Praktikums oder als Freiwillige mitgearbeitet haben.

Ein Jahr – ein Wort!



#überzeugend
Ruth-Gaby Vermot-Mangold
Präsidentin GfbV



#vielseitig
Sonja Beeli-Zimmermann
Vorstand GfbV



#Erneuerung
Göpf Berweger
Vize-Präsident GfbV



#wirkungsvoll
Theodora Peter
Vorstand GfbV



#glaubwürdig
Urs Zschokke
Vorstand GfbV



#herausfordernd
Christoph Wiedmer
Geschäftsleiter



#lebendig
Nicole Huwyler
Leitung Kommunikation &
Fundraising



#motivierend
Angela Mattli
Leitung Kampagnen
& Projekte



#Sommer
Erika Lerch
Leitung Finanzen
& Dienste



#engagiert
Magdalena Urrejola
Kampagnenleiterin
Wirtschaft & Indigenenrechte



#provokativ
Yves Bowie
Kampagnenleiter
Sri Lanka



#beharrlich
Lisa Schirinzi
Mitarbeiterin Finanzen & Dienste



#inspirierend

Tania Brügger Marquez
Grafikerin



#Kraft

Dominic Rudolf
Ausbildung Finanzen
& Dienste (bis Juli 2015)



#lösungsorientiert

Nahom Andemicael
Ausbildung Finanzen & Dienste
(seit September 2015)



#Streifzug

Christiaan Meijer
Praktikant Kampagnen
& Projekte (ab Februar 2015)



#aufrüttelnd

Sara Ryser
Praktikantin Kommunikation
& Fundraising
(seit September 2015)



#Verantwortlichkeit

Daryl Snell
Praktikant Kampagnen
& Projekte (bis April 2015)



#Vielfalt

Anne Cugni
Praktikantin Kommunikation
& Fundraising (bis August 2015)

Danke!

A black and white portrait of Pedro Lenz, a man with shoulder-length hair, looking directly at the camera with a slight smile. He is wearing a dark t-shirt under a light-colored hoodie.

«Die GfbV verschafft indigenen Völkern ein Gehör. Deswegen braucht es die GfbV auch in Zukunft.»

Pedro Lenz, Schriftsteller

MIT DER GFBV FÜR MENSCHENRECHTE

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Sie dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und vertritt die Interessen der Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern. Sie unterstützt lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern und arbeitet national sowie international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Die GfbV hat sowohl beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO als auch beim Europarat.



WERDEN SIE AKTIV – UNTERSTÜTZEN SIE UNS!

Unser Engagement ist nur mit Ihrer Unterstützung möglich. Mit Ihrer Mitgliedschaft oder Ihrer Spende unterstützen wir Minderheiten und indigene Völker in der ganzen Welt.

@ Melden Sie sich an unter: www.gfbv.ch/aktiv_werden

Herzlichen Dank!